



Rezession: CDU/CSU fordert Agenda 2030

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist alarmierend und fordert einen grundlegenden Neuanfang. Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, bringt es auf den Punkt: „Wir müssen den Mut haben, den Rahmen neu zu setzen.“ Nur so kann Deutschland die wirtschaftliche Zukunft sichern.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben die Erwartungen für das Wirtschaftswachstum 2024 mehrfach gesenkt. Auch der Wirtschaftsminister selbst rechnet mittlerweile mit einem weiteren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1 Prozent.

Merz warnt: „Wir müssen aufpassen, dass Deutschland nicht das Schlusslicht unter den Industrienationen wird.“ Dies ist besonders besorgniserregend, da „wir Wachstum brauchen, um den sozialen Frieden in Deutschland zu sichern und den Menschen Perspektiven zu bieten“.

Ein zentrales Hindernis für wirtschaftliches Wachstum ist die wachsende Bürokratie. Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) hat in seinem Jahresbericht 2024 festgestellt, dass „der Erfüllungsaufwand weitergewachsen“ ist. Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Krings, hebt hervor: „25 Prozent Bürokratiekosten in maximal fünf Jahren abzubauen - genau das war das Programm der uniongeführten Bundesregierung bei Einführung des Normenkontrollrats vor über 15 Jahren und dieser Plan wurde auch umgesetzt. Die Ampel hätte das einfach nur nachmachen müssen.“

Die Ampel tut zu wenig für den Bürokratieabbau. Fünfmal so viel Vereinfachungen wären notwendig, unter anderem für die heimische Wirtschaft, damit die Entlastung spürbar werden. Allein seit 2021 ist der Erfüllungsaufwand von ca. 6 Milliarden Euro auf nunmehr über 25 Milliarden Euro angestiegen. Dieser Bürokratieaufbau ist an vielen Stellen ein Misstrauensvotum gegenüber der Wirtschaft. Wir brauchen ein Belastungsmoratorium und müssen bestehende Vorschriften auf den Prüfstand stellen. Die CDU/CSU-Fraktion hatte schon früher gefordert: Für jede neue Vorschrift muss mindestens eine bestehende entfallen.

Fraktionschef Merz betont, in der Wirtschaftspolitik ist eine grundlegende Wende nötig: „Wir wollen den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, indem die Rahmenbedingungen für alle verbessert werden.“ Er fordert umfassende Reformen, darunter die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum und die Halbierung der Netzentgelte.

Die Unionsfraktion hat bereits umfangreiche Vorschläge unterbreitet, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Merz erklärt: „Eine echte Reform der Unternehmensbesteuerung ist dringend notwendig.“ Das Ziel ist ein leistungsstarkes Deutschland mit innovativen Unternehmen, einer modernen Infrastruktur und einer gerechteren Wirtschaftspolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



mit dem Gesetzentwurf von CDU/CSU zum Schutz von Vollstreckungsbeamten und Hilfeleistenden sollen endlich auch die Angehörigen von Gesundheitsberufen besonders geschützt werden.

Wir wollen sie – anders als die Ampel – in den Schutzbereich der Regelungen aufnehmen. Bisher gilt dieser Schutz nur für Vollstreckungsbeamte und bei Unglücksfällen, gemeiner Gefahr oder Not für Hilfeleistende der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes, eines Rettungsdienstes oder eines ärztlichen Notdienstes.

Die zunehmende Gewalt in Arztpraxen und Kliniken ist empörend und verlangt ein Handeln des Gesetzgebers. Wir als Union wollen die Angehörigen der Gesundheitsberufe besser schützen. Leider kommen auch auf diesem Gebiet von der Ampel nur Ankündigungen, aber keine konkreten Maßnahmen. Personal in Kliniken und Arztpraxen, das anderen Personen hilft und dabei angegriffen wird, bleibt somit der notwendige Schutz versagt – obwohl Bundesgesundheitsminister Lauterbach vor wenigen Wochen noch eine Strafverschärfung angekündigt hatte.

Der Gesetzentwurf der Ampel führt zu keiner Verbesserung, weil er keine Veränderung vorsieht, die auch im Ergebnis zu strengen Bestrafungen führen würde. Unser Gesetzentwurf sieht dagegen konkrete und effektive Strafverschärfungen vor. Zum Schutz von Polizisten, Feuerwehrleuten, Sanitätern und anderen Einsatzkräften wollen wir die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf sechs Monate anheben und für heimtückische Attacken auf ein Jahr erhöhen. Außerdem sollen auch Angriffe strafbar werden, die außerhalb des Dienstes wegen einer bereits erfolgten Diensthandlung in der Vergangenheit erfolgen.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Bürokratie runter, Anreize hoch für Ehrenamt und Vereine

Am heutigen Freitag wird der Bundestag den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Engagement fördern, Ehrenamt stärken, Vereine entlasten – Bürokratie in der Ehrenamts- und Vereinsarbeit abbauen“ erstmalig beraten. Dazu erklären der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Krings, der Berichterstatter für Bürokratieabbau, Martin Plum, sowie Florian Müller:

Günter Krings: „Die starken Belastungen von Ehrenamtlern und Vereinen sind unter der Ampel zu lange unter den Tisch gefallen. Mit unserem Antrag legen wir nun 14 konkrete Vorschläge vor, die das Ehrenamt dauerhaft stärken und Vereine spürbar entlasten. Wir wollen ein klares Zeichen setzen: Das Ehrenamt ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Ehrenamtler verdienen daher große Anerkennung und müssen von uns nach Kräften unterstützt werden. Wir als Union stehen eng an der Seite aller Ehrenamtler und Vereine. Ich fordere die Ampel-Koalition auf, unsere Vorschläge mit uns gemeinsam zügig umzusetzen. Dann bleibt die Arbeit im Ehrenamt und im Verein auch langfristig attraktiv.“

Martin Plum: „Ein Verein muss sich durchschnittlich über sechs Stunden pro Woche mit Bürokratie rumschlagen. Das Bürokratieentlastungsgesetz der Ampel ändert daran nichts. Maßnahmen zum Bürokratieabbau in Ehrenamt und Vereinsarbeit sind Fehlzanzeige. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Überbordende Bürokratie vergrätzt viele Menschen, sich in Vereinen zu engagieren. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die Bürokratiebelastung für Ehrenamt und Vereine perspektivisch halbieren. Ehrenamtler müssen sich um ihre eigentliche Aufgabe kümmern können, nicht um unnötigen Papierkram.“

Florian Müller: „Freude und Motivation im Ehrenamt werden durch zu viel Bürokratie auf eine harte Probe gestellt. Wir müssen den Ehrenamtlichen den Raum geben, sich auf ihren Einsatz für die Gemeinschaft zu konzentrieren: also Auflagen runter und Anreize hoch. Mit der Umsetzung unserer Vorschläge könnten rund 25 Prozent der bisherigen Belastungen wegfallen – das wären fast 1,5 Stunden weniger Bürokratie pro Woche. Wir als Union reichen dem Ehrenamt die Hand: Wir stehen an eurer Seite und sagen danke. Die Ampel-Koalition muss jetzt zeigen, ob sie das Ehrenamt mit unseren Vorschlägen wirklich unterstützen will.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 15/2024,
11. Oktober 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

CDU/CSU im Bundestag: Unverbrüchliche Solidarität mit Israel

Zum Jahrestag des grausamen Überfalls der Hamas auf Israel hat CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz dem jüdischen Staat seine unverbrüchliche Solidarität zugesichert. Merz zeigte sich erschüttert über die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. „Damit dürfen wir uns nicht abfinden“, betonte er in einer vereinbarten Debatte des Bundestages. Der Fraktionsvorsitzende erinnerte daran, dass sich auch ein Jahr nach dem Massaker, bei dem rund 1.200 Israelis ums Leben kamen, immer noch 101 Geiseln in der Gewalt der Terrororganisation Hamas befinden.

Auch machte er darauf aufmerksam, dass Israel täglich aus dem Gazastreifen und dem Libanon mit Raketen beschossen wird. Angesichts der zahlreichen Todesopfer in Gaza und dem Libanon richtete Merz allerdings auch „die dringende Bitte“ an die Regierung in Jerusalem, mehr zu tun, um die Zivilbevölkerung dort zu schützen. „Israel hat ein berechtigtes Sicherheitsinteresse. Israel hat aber auch eine humanitäre Verantwortung“, unterstrich er.

Mit Blick auf die Haltung der Bundesregierung bemängelte Merz, dass die Solidarität mit Israel Risse bekommen habe. Wenn die Regierung seit Monaten die Exportgenehmigung für Munition und Rüstungsgüter verweigere, die die israelische Armee zur Selbstverteidigung brauche, dann seien die Solidaritätsbekundungen für den Staat Israel und seine Menschen nichts wert. Auch in Deutschland hat sich seit dem 7. Oktober 2023 die Situation für Jüdinnen und Juden verschlechtert. Merz wies darauf hin, dass jüdische Einrichtungen rund um die Uhr unter Polizeischutz stehen müssten, dass es für Jüdinnen und Juden in einer wachsenden Anzahl von Städten faktisch No-go-Areas gebe. Das sei nicht hinnehmbar. Als deutsche Bürger hätten Jüdinnen und Juden Anspruch darauf, dass der Staat sein Schutzversprechen ihnen gegenüber genauso durchsetze wie gegenüber allen anderen. Merz verurteilte den Antisemitismus von rechts und von links gleichermaßen.

Als besonders problematisch bezeichnete er den Judenhass von Einwanderern, die in ihren Herkunftsländern antisemitisch erzogen wurden. Ein wesentlicher Beitrag zur Begrenzung des Antisemitismus in Deutschland sei daher „der Stopp der ungehinderten, massenhaften Zuwanderung vor allem von nicht schutzbedürftigen jungen Männern aus dem arabischen Raum“. Denn in ihren Herkunftsländern sei nicht der Schutz Israels, sondern die Vernichtung Israels Teil der politischen Sozialisation.